

Positionen der Landtagskandidat*innen für den Wahlkreis 34 Heidelberg zur Verkehrswende in Baden-Württemberg:

Befragt wurden Herr Daniel Al-Kayal (SPD), Theresia Bauer (Grünen), Anja Boto (CDU), Benjamin Brandstetter (FDP) und Timothy Bartsch (AfD) nach Maßnahmen in den Mobilitäts-Handlungsfeldern Nahraum, aktive Mobilität, Verkehrsinfrastrukturplanung, Bahn, ländlicher Raum und Preissignale. Wegen der Übersichtlichkeit und aus Zeitgründen wurden ausschließlich Kandidat*innen der aktuell im Landtag vertretenen Parteien befragt.

Lediglich Herr Al-Kayal beantwortete den Fragebogen, Frau Bauer verzichtete darauf und verwies auf bereits gemachte Aussagen gegenüber dem ADFC und das grüne Wahlprogramm. Von den anderen Kandidaten gab es keine Reaktion.

Da lediglich Herr Al-Kayal die Fragen beantwortete, wurde für eine Einschätzung der anderen Kandidat*innen Aussagen auf den Social Media-Seiten und den jeweiligen Homepages bzw. bei den Grünen dem Wahlprogramm (WP) analysiert. **Die Auflistung der Positionen der Grünen, CDU, FDP und AfD-Kandidat*innen erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.**

Erläuterung der farblichen Einordnung der Kandidat*innen:



Kandidat*in/Partei unterstützt notwendige Maßnahmen explizit



Kandidat*in/Partei unterstützt notwendige Maßnahmen teilweise, unterstützt allerdings auch Maßnahmen, die diesen widersprechen



Kandidat*in/Partei unterstützt notwendige Maßnahmen nicht bzw. macht keine Aussagen dazu. In diesem Fall wurden Zitate verwendet, die eine Einordnung des Standpunkts zu den geforderten Maßnahmen erlauben.

Handlungsfeld „Nahraum“

- Werden Sie sich für eine Innenentwicklung der Städte und Gemeinden einsetzen, anstatt neue Siedlungsgebiete auf der grünen Wiese auszuweisen? Werden Sie sich für eine Abschaffung des „Beton-Paragrafen“ §13b des Baugesetzbuches einsetzen?
- Werden Sie sich für eine **Umverteilung des Straßenraumes** zugunsten des ÖPNV, des Rad- und Fußverkehrs einsetzen?
- Falls ja, werden Sie folgende Maßnahmen unterstützen?
 - Einrichtung von Umweltverbundstreifen für Fahrräder und den ÖPNV auf Straßen
 - Förderung des Mobilitätsmanagements von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen
 - City-Maut in größeren Städten
 - Neuausrichtung des Landes-Gemeinde-Verkehrs-Finanzierungs-Gesetzes mit zukünftig mindestens 70 Prozent der Fördermittel für den Umweltverbund
 - Einführung einer Nahverkehrsabgabe für notwendige Investitionen und neue ÖPNV-Angebote

Antworten Kandidat*innen

SPD: **Bejaht alle Fragen und Maßnahmen mit Ausnahme der City-Maut**

Grüne: **Bekennen sich ohne Vorbehalt zur Wohnbauförderung, wollen den Autoverkehr in den Städten reduzieren und sehen den **Straßenbau als Teil eines nachhaltigen Gesamtkonzepts** – gemeinsam mit dem Schienen-, Rad- und Fußverkehr. Höhere Förderung des Umweltverbundes über das heutige Niveau von 60% wird nicht gefordert (WP).**

CDU: **Spricht sich für „optimales Zusammenspiel aller Verkehrsformen“ (ÖPNV, Fahrrad, **Auto**, Car-Sharing) aus.**

FDP: **Spricht sich für „ein **geordnetes Nebeneinander** der unterschiedlichen Mobilitätsarten vom Fußgänger, über **Fahrrad und ÖPNV zum Auto**“.**

AfD: **Zeigen eine deutliche Ablehnung von Pop-Up-Radwegen und von höheren Parkgebühren. **Klimaschutzmaßnahmen** werden als „**rein ideologisch**“ begründet angesehen.**

Handlungsfeld „aktive Mobilität“

- Werden Sie sich für eine konsequente Umsetzung der „Radstrategie Baden-Württemberg“ und die Bereitstellung der dafür erforderlichen Haushaltsmittel aussprechen?
- Werden Sie sich für eine Förderung von kommunalen Radverkehrskonzepten durch das Land einsetzen?
- Werden Sie sich für eine Initiative im Bundesrat für eine rad- und fußverkehrsfreundliche Novellierung der Straßenverkehrsordnung (StVO) einsetzen, die die Privilegien des fließenden und ruhenden Autoverkehrs abschafft?
- Werden Sie sich für die Erarbeitung einer übergreifende „Fußverkehrsstrategie des Landes“ – analog zum Radverkehr – einsetzen?

Antworten Kandidat*innen

SPD: **Bejaht alle Maßnahmen**

Grüne: **Will Kommunen beim Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur fördern, Ausweitung der JobBike-Initiative für Landesbeschäftigte auf alle Beschäftigten**

CDU: **Keine Aussagen**

FDP: **Spricht sich für die Schaffung spezieller Fahrradstraßen in neuen Stadtgebieten und einen weiteren Ausbau eines sicheren, die gesamte Stadt umfassenden Fahrradwegenetzes aus. „Stetige Erneuerungen von Fahrradwegen, **wo sinnvoll und nötig**.“**

AfD: **Zeigen eine deutliche Ablehnung von Pop-Up-Radwegen.**

Handlungsfeld „Verkehrsinfrastrukturplanung“

- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass **keine neuen Kapazitäten im Straßennetz geschaffen werden und der Bau neuer Straßen auf unumgängliche Einzelfälle beschränkt wird?**
- Werden Sie sich für ein Förderprogramm zur städtebaulichen Integration von Hauptverkehrsstraßen einsetzen?
- Werden Sie sich für die Einführung eines Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Landstraßen einsetzen?

*Antworten Kandidat*innen*SPD: **Bejaht alle Maßnahmen**Grüne: **Loben sich für „Rekordinvestitionen in den Straßenbau“, Lob des ADAC für Verkehrspolitik wird explizit erwähnt. Straßen sollen dort neu gebaut werden, „wo sie benötigt werden“ (WP).**CDU: **„Die Bedürfnisse der Pendler dürfen nicht unberücksichtigt bleiben.“**FDP: **Spricht sich für den Nordzubringer, die fünfte Neckarquerung, P&R als Lösung für Heidelbergs Verkehrsprobleme, den Erhalt bestehender Parkplätze und neue Tiefgaragen in der Altstadt aus.**AfD: **Spricht sich für die fünfte Neckarquerung aus.****Handlungsfeld „Bahn“**

- Werden Sie sich für einen bedarfsgerechten Ausbau des Schienennetzes und dessen dauerhaften Sicherung einsetzen? Werden Sie dafür eine Erhöhung der Investitionsmittel um mindestens das Eineinhalbfache unterstützen?
- Werden Sie sich für eine Halbierung der Trassenpreise im Schienengüter- und Personenverkehr einsetzen, damit das Angebot kontinuierlich ausgebaut werden kann und die Ticketpreise im Fernverkehr nicht ständig teurer werden?

*Antworten Kandidat*innen*SPD: **Bejaht alle Maßnahmen**Grüne: **ÖPNV-Offensive für gute Anbindung im ganzen Land. Neuausschreibung der wichtigen Schienennetze und mit dem entstandenen Wettbewerb ein deutlich besseres Angebot erreicht. „... investieren wir in den öffentlichen Personenverkehr und haben beim Bund erfolgreich mehr Mittel für den Zugverkehr verhandelt. (WP)**CDU: **Keine Aussagen**FDP: **Spricht sich für Straßenbahn ins Neuenheimer Feld im Einvernehmen mit der Uni aus**AfD: **Spricht sich für eine Verbesserung des ÖPNV-Angebots und eine Straßenbahn ins Neuenheimer Feld aus, allerdings ausdrücklich nicht aus Gründen des Klimaschutzes.****Handlungsfeld „Ländlicher Raum“**

- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das „Zielkonzept 2025 für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Baden-Württemberg“ sowie das „Elektrifizierungskonzept Baden-Württemberg“ zügig umgesetzt werden?
- Werden Sie das Ziel unterstützen, bis zum Jahr 2030 den gesamten Schienenpersonennahverkehr und ÖPNV in Baden-Württemberg zu **elektrifizieren und damit emissionsfrei** zu gestalten?

*Antworten Kandidat*innen*SPD: **Bejaht alle Maßnahmen**Grüne: **Elektrifizierung aller Schienenstrecken im Land. „In jedem Ort sollen vom frühen Morgen bis Mitternacht mindestens einmal in der Stunde Bus, Bahn oder Sammeltaxen fahren“. (WP)**CDU: **„klimaneutral werden wir durch Investitionen in Innovation und Infrastruktur ... in Zukunft Tankstellen für Wasserstoff/ andere synthetische Kraftstoffe“**FDP: **„bei neu anzuschaffenden Bussen Ausstattung mit alternativen Antriebssystemen“**AfD: **Deutliche Ablehnung alternativer Antriebskonzepte**

Handlungsfeld „Preissignale“

- Werden Sie sich für ein sofortiges Ende der Subventionierung des Dieselmotors und des Dieselmotorsprivilegs einsetzen?
- Werden Sie sich für ein sofortiges Ende des Dienstwagenprivilegs einsetzen, da hiermit häufig sehr große und leistungsstarke Dienstwagen aus Steuermitteln gefördert werden, die erheblich zu den CO₂-Emissionen im Verkehrssektor beitragen?
- Werden Sie sich für eine fahrleistungs- und emissionsabhängige Maut für alle Straßenfahrzeuge und auf allen Straßen anstelle einer Pauschalmaut auf Autobahnen einsetzen, da solch eine Maut klimapolitisch ein besseres Lenkungsinstrument ist?
- Werden Sie sich für eine wirksame CO₂-Steuer im Verkehr einsetzen, die die Folgekosten der individuellen Automobilität für Umwelt und Gesellschaft entsprechend widerspiegelt?

*Antworten Kandidat*innen*SPD: **Bejaht alle Maßnahmen**Grüne: **Wenn man auf den Link zu „Klimaschutz im Verkehr“ klickt, gelangt man auf eine Website mit der Botschaft „Sie haben sich verlaufen“. (WP)**CDU: **„Klimaschutz durch gesellschaftlichen Wandel und klimabewusste Technologien“**FDP: **Keine Aussagen**AfD: **Keine Aussagen***Kommentierung durch Martin Bösel, Mobilitätsansprechpartner bei Greenpeace Mannheim-Heidelberg*Ganz große Koalition für die Förderung des Autoverkehrs

Wenn man sich die Antworten, Social Media-Kanäle und Wahlprogramme der angeschriebenen Kandidat*innen anschaut, wird deutlich, dass sich bis auf den SPD-Kandidaten alle für ein „Weiter so“ bei der Förderung des Autoverkehrs aussprechen. So schwärmen die Grünen in ihrem Wahlprogramm von „Rekordinvestitionen beim Straßenbau“ und freuen sich über ein Lob des ADAC für ihre Verkehrspolitik. Sie bekennen sich auch ausdrücklich zum Bau neuer Straßen, „dort ... , wo sie benötigt werden“. Der SPD-Kandidat bejahte dagegen die Frage, ob er keine neuen Kapazitäten im Straßennetz schaffen würde und einen Straßen-Neubau nur in unumgänglichen Einzelfällen befürworten würde. Die Grünen haben vergessen, dass, wer Straßen sät, Verkehr erntet wird. Das ist sicher einer der Gründe, weshalb die beiden grün geführten Landesregierungen bisher keine Trendwende beim Klimaschutz im Verkehr erreicht haben.

Die Aussagen der CDU und FDP-Kandidat*innen lassen ebenfalls keine Einsicht in die Notwendigkeit einer neuen Mobilitätskultur erkennen. Benjamin Brandstetter (FDP) fordert eine wahre Betonorgie für Heidelberg mit dem Nordzubringer, einer fünften Neckarquerung, P&R als angeblicher Lösung für die Heidelberger Verkehrsprobleme und möglichen neuen Tiefgaragen in der Altstadt. Anja Boto (CDU) will den notwendigen Klimaschutz „durch gesellschaftlichen Wandel und klimabewusste Technologien“ erreichen, wobei sie weniger auf elektrische Mobilität als auf Wasserstoff und andere synthetische Kraftstoffe setzt. Es ist erstaunlich zu sehen, wie CDU und FDP in Heidelberg offenbar angesichts von Corona den dramatischen Klimawandel mit sterbenden Wäldern vergessen haben und mit den Rezepten der Wirtschaftswunderjahre diese Krise lösen wollen.

Die AfD mit ihrem Kandidaten und Diplom-Physiker Timothy Bartesch spricht sich ebenfalls für einen weiteren Ausbau der Auto-Verkehrsinfrastruktur in Form der fünften Neckarquerung aus und bezeichnete in einem Facebook-Post den notwendigen Klimaschutz als „rein ideologisch motiviert“. Damit zeigt diese Partei nicht nur in ihren gesellschaftspolitischen Positionen deutlich rückwärtsgewandte Ansichten, sondern auch in ihrer Umweltpolitik. Darüber hinaus ist es verwunderlich, wie ein ausgebildeter Physiker naturwissenschaftliche Tatsachen einfach leugnen kann.

SPD und Grüne treten für eine konsequente Förderung des Radverkehrs ein

Bei einem anderen Baustein für die Verkehrswende gibt es mehr Grund zum Optimismus. In Punkto Förderung des Radverkehrs als umweltfreundliche Mobilitätsform gerade in Städten gaben die SPD- und Grünen-Politiker*innen ein klares Bekenntnis dazu ab. Brandstetter will ebenfalls eine Förderung, allerdings nur unter Vorbehalt. Boto macht keine Aussagen zu einer besonderen Förderung des Radverkehrs, während die AfD durch eine konsequente Ablehnung von Pop Up Radwegen auffällt.

SPD und Grüne haben verstanden, dass gerade in Städten mit ihren oft kurzen Distanzen und beengten Platzverhältnissen der Radverkehr neben dem ÖPNV einer der Schlüsselfaktoren für eine erfolgreiche Verkehrswende und mehr Lebensqualität ist. Sowohl Al-Kayal als auch Bauer sprechen sich klar für eine Förderung von Kommunen bei Radverkehrs-Infrastruktur-Maßnahmen aus. Brandstetter ist ebenfalls für den Ausbau des Fahrradwegenetzes,

will Fahrradwege aber nur dort erneuern, wo er dies als „sinnvoll und nötig“ ansieht. Einigkeit herrscht zwischen den SPD- und Grünen-Kandidat*innen ebenfalls bei einer Förderung des Rads bei Arbeitnehmern. Beide wollen Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen bei der Verkehrswende unterstützen, Bauer erwähnt hier insbesondere eine Ausweitung der „JobBike-Initiative“ für Landesbeschäftigte auf alle Beschäftigten.

Grüne scheuen vor klaren Preissignalen beim Autoverkehr zurück

Enttäuschend ist hingegen die Position der Südwest-Grünen, wenn es darum geht, die externen Kosten wie Lärmbelästigung und Gesundheitsschäden des immensen Autoverkehrs den Verursachern anzulasten. Weder Bauer noch das grüne Parteiprogramm bekennen sich hier im Gegensatz zu Al-Kayal zu so zentralen Bausteinen wie einem Ende der Diesel-Subventionen, des Dienstwagen-Privilegs oder einer wirksamen CO₂-Steuer im Verkehr. Allerdings wird die Politik den notwendigen Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel nicht mit attraktiven Angeboten allein erreichen, dazu braucht es auch endlich Kostenwahrheit für den Autoverkehr. Wie effektiv deutliche Preissignale sein können, zeigte sich unter anderem bei der Einführung der Ökosteuer auf Bundesebene unter Rot-Grün, wodurch die Fahrleistung und damit auch der Treibhausgas-Ausstoß im Verkehr merklich sanken.

Auch die anderen angeschriebenen Parteien äußern sich gar nicht bis wenig dazu. Die AfD will hier ebenfalls eher eine Verbilligung der Kosten des Autofahrens, indem sie sich scharf gegen höhere Parkgebühren in der Stadt ausspricht. CDU-Kandidatin Boto will den notwendigen Klimaschutz im Verkehr durch „gesellschaftlichen Wandel und klimabewusste Technologien“ erreichen, sagt aber nicht, wie diese aussehen sollen. Sie vergisst dabei auch, dass bisher „klimabewusste Technologien“ zu keiner Klimaentlastung geführt haben, weil die dadurch gemachten Effizienzgewinne von der Industrie und den Verbrauchern für mehr Konsum verwendet werden („Rebound-Effekt“). Bestes Beispiel ist der Autoverkehr, wo die Motoren immer effizienter werden, dieser Effizienzgewinn durch stärkere Motoren, größere und schwerere Autos und immer mehr Technik im Auto wie Klimaanlage aber wieder überkompensiert wird.

SPD, Grüne und AfD für einen Ausbau des ÖPNV

Eine überraschende Koalition ergibt sich beim Thema ÖPNV-Ausbau. Neben SPD und Grüne spricht sich auch die AfD dafür aus, allerdings spielt bei der AfD der Klimaschutz als Begründung keine Rolle. Boto sieht hier wiederum keine Notwendigkeit einer besonderen Förderung, während sich Brandstetter immerhin für eine Straßenbahn ins Neuenheimer Feld ausspricht, allerdings unter Einvernehmen mit der Universität.

Die Notwendigkeit einer Elektrifizierung als schnellsten Weg um mehr Klimaschutz im Verkehr zu erreichen sehen lediglich Grüne und SPD. Während die Grünen allerdings nur den Schienenverkehr komplett elektrisch betreiben wollen, bejahte dies Al-Kayal für den gesamten ÖPNV.

Bei Brandstetter und Boto steht eine Förderung der Elektromobilität nicht auf der politischen Agenda, sie wollen Klimaschutz durch „alternative Antriebssysteme“ allgemein erreichen. Boto nennt hier explizit auch „Wasserstoff/ andere synthetische Kraftstoffe“. Die Umwelt- und Klimaschutzwirkung solcher Kraftstoffe ist aber umstritten. Bei dem einst als Hoffnungsträger gepriesenen „Bio-Sprit“ auf der Basis nachwachsender Rohstoffe wie Palmöl weiß man heute z. B., dass durch die Regenwald-Zerstörung beim Anbau der Ölpalmen mehr Treibhausgase erzeugt werden, als im Verkehrssektor dann eingespart werden. Brandstetter spricht sich daneben auch gegen Kaufprämien für Elektroautos aus.